

EDITORIAL

Könnten die Deutschen zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten wählen, wäre laut Umfragen und der veröffentlichten Meinung hier in Deutschland das Rennen um das Weiße Haus entschieden: Der Sieger hieße Barack Obama. Die Unterstützer von Obama hoffen, dass ein demokratischer Präsident internationalen Organisationen und den europäischen Partnern mehr Gehör schenken werde sowie bei Konflikten weniger auf die militärische Karte setze. Gleichzeitig wird John McCain trotz aller Unterschiede dem Lager von George Bush zugerechnet und stößt schon deshalb bei den Bush-Kritikern auf Ablehnung. Kurz: Die Anhänger Obamas in Europa hoffen, dass Amerika mit ihm „europäischer“ wird. Doch trifft diese Vermutung zu? Eher nicht! Denn dies ist eine verkürzte Sichtweise. Das zeigt die Irak-Diskussion in den USA: Obama und McCain wollen beide nicht durch einen überhasteten Abzug die jüngsten Erfolge im Zweistromland aufs Spiel setzen und die gesamte Region destabilisieren. Eines scheint klar: Egal wer gewinnt, der künftige Präsident der USA wird selbstverständlich amerikanische Interessen vertreten. Gleichzeitig könnte das eintreten, was sich viele Europäer wünschen: die intensivere, transatlantische Kooperation. Allerdings hat dies einen Preis, der bei manchem Europäer schnell zu einer Ernüchterung führen wird: Beide Kandidaten wollen ein stärkeres europäisches Engagement bei der Lösung internationaler Konflikte. Dies betrifft vor allem Afghanistan. Hier hat sich die Lage in den vergangenen Monaten jedoch verschlechtert. So sind im Juni diesen Jahres mehr Soldaten in Afghanistan als im Irak gefallen, die Bedrohungen selbst in Kabul haben dramatisch zugenommen, wie der Anschlag auf die indische Botschaft gezeigt hat. Der Irak wird augenscheinlich sicherer, Afghanistan zunehmend unsicher. Experten auf beiden Seiten des Atlantiks formulieren es deutlich: Gelingt es nicht, die Taliban zu besiegen, wird das Land im Bürgerkrieg versinken und auf Dauer ein Reservoir für den islamistischen Terrorismus sein. Deshalb fordern Obama und McCain mehr Geld und Truppen für das Land. Beide wünschen sich eine größere Beteiligung der Europäer. Afghanistan dürfte somit zum Testfall für die transatlantischen Beziehungen werden. Die Europäer wären gut beraten, wenn sie bereits jetzt formulierten, was sie zu investieren bereit sind, um Sicherheit und Frieden in Afghanistan zu erreichen. Dafür gilt



es, die jeweiligen Strategien abzugleichen, die europäische Kooperation zu verbessern und die militärischen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen auszubauen. Zur Neujustierung der europäischen Strategie gehört auch, dass wir unseren Bürgern klar machen müssen, dass ein stabiles und sicheres Afghanistan in unserem vitalen Interesse liegt. Nur wenn der Einsatz Zustimmung in der Bevölkerung genießt, ist ein dauerhaftes Engagement in Afghanistan möglich.

Afghanistan zum Testfall zu machen ist nicht unproblematisch. Die Lage vor Ort wird zunehmend bedrohlicher, das Risiko von Verlusten steigt. Gelingt es dem künftigen amerikanischen Präsidenten in Afghanistan nicht, Erfolge zu erzielen, wird er innenpolitisch unter Druck geraten. Die Vorstellungen, was konkret in Afghanistan, aber auch in Pakistan und mit dem Iran zu geschehen habe, wird von europäischer und amerikanischer Seite teilweise unterschiedlich beurteilt. Eine weitere Verschlechterung der Lage könnte diese Unterschiede akzentuieren und zu einer neuen Belastung des transatlantischen Verhältnisses führen. Deshalb sollte schon jetzt darüber nachgedacht werden, welche Mechanismen man einsetzen könnte, um mögliche Kontroversen in geordnete Bahnen zu lenken. Scheitern Amerikaner und Europäer am Hindukusch, hätte dies weitreichende Konsequenzen für die globale Sicherheit. Eine Entfremdung in den transatlantischen Beziehungen wäre unausweichlich. Und dies ungeachtet dessen, ob der künftige Präsident der Vereinigten Staaten Obama oder McCain heißen wird.



Stellvertretender
Generalsekretär